

## Editorial



Rudolf Ramsauer, Direktor

Seit 1990 macht die Schweiz bei allen von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen (gegen Irak, Libyen, Jugoslawien usw.) mit. Solche Handels- oder Zahlungsbeschränkungen stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar und haben für einzelne Firmen schwer wiegende Auswirkungen.

### Embargogesetz muss verhältnismässig sein.

kungen. Umso wichtiger ist, dass die angeordneten Massnahmen klar, transparent und international abgestimmt sind. Bisher wurden sie fallweise mit Verordnungen erlassen. Dem Parlament liegt nun ein Gesetzesentwurf vor, welcher einheitliche Rahmenbedingungen schaffen soll. Das neue Embargogesetz erhöht die Rechtssicherheit und ist deshalb aus der Sicht der Wirtschaft zu begrüssen. Nur muss der Grundsatz der Verhältnismässigkeit respektiert sein: Eine praktisch unlimitierte Auskunftspflicht der Firmen und Durchsuchungen ohne Vorliegen eines Verdachts gehen zu weit und sind rechtsstaatlich bedenklich.

Schreiben Sie an: rudolf.ramsauer@economiesuisse.ch

# Bundesausgaben: alarmierende Budgetzahlen

**Entgegen der Entwicklung in vielen OECD-Ländern haben in der Schweiz die öffentlichen Ausgaben und die allgemeine Steuerbelastung im Lauf des letzten Jahrzehnts unverhältnismässig zugenommen.**

Mit dem Massnahmenpaket 2001, das die Familien, die Unternehmen, das Wohneigentum und die Umsatzabgabe betrifft, sind zwar im Bereich der Steuern die ersten ermutigenden Zeichen einer möglichen Richtungsänderung beim Bund feststellbar. Für einen echten Kurswechsel braucht es jedoch zusätzliche steuerliche Massnahmen.

### Ausgabenspirale

Im Ausgabenbereich hingegen bleibt die Situation sehr beunruhigend. Der kürzlich vom Eidgenössischen Finanzdepartement vorgestellte neue Finanzplan sieht bis 2005 eine Erhöhung der Bundesausgaben von mehr als vier Prozent pro Jahr vor. Damit steigen die Bundesausgaben deutlich schneller als das erwartete Wirtschaftswachstum.

	V 2001	V 2002	FP 2003	P 2004	P 2005	ØΔ% p.a.
<b>Ausgaben (in Mrd.)</b>	<b>48.9</b>	<b>50.6</b>	<b>52.5</b>	<b>55.5</b>	<b>57.4</b>	
Δ Vorjahr (in %)		+3.5	+3.7	+5.8	+3.3	+4.1
<b>Einnahmen (in Mrd.)</b>	<b>48.9</b>	<b>51.1</b>	<b>51.9</b>	<b>55.2</b>	<b>58.2</b>	
Δ Vorjahr (in %)		+4.2	+1.8	+6.4	+5.5	+4.4
<b>Saldo (in Mrd.)</b>	<b>+0.0</b>	<b>+0.4</b>	<b>+0.6</b>	<b>+0.4</b>	<b>+0.8</b>	

Der Bundesrat sieht, entgegen seinem Finanzleitbild, eine weitere Erhöhung der Staats- und Fiskalquote vor. Hinzu kommen zusätzliche Ausgaben-

wünsche im Sozial-, Transport- und Bildungsbereich sowie in der Entwicklungshilfe. All diese Begehren werden durch den ausserordentlichen und vorübergehenden Überschuss des Jahres 2000 von über 4 Milliarden Franken genährt. Schliesslich stellt längerfristig auch die Finanzierung der Sozialwerke eine Herausforderung dar, wel-



Pascal Gentinetta, Mitglied der Geschäftsleitung

che die Verantwortlichen aus der Politik vorläufig nicht an die Hand nehmen wollen.

### Ja zum Mut, Nein zum Fatalismus

Angesichts dieser besorgniserregenden finanziellen Perspektiven sind Abwarten und Fatalismus keine glaubwürdige Strategie. Ansonsten könnte die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes gefährdet sein und damit auch die nachhaltige Finanzierung von Staatsaufgaben. Damit die öffent-

### Konkrete Wege

Um den Teufelskreis ständig steigender Fiskal- und Staatsquoten zu durchbrechen, gibt es konkrete Wege. Als erstes müssen Volk und Kantone am 2. Dezember Ja sagen zur Schuldenbremse. Dieses Instrument verhindert mit einem institutionellen Mechanismus strukturelle Ungleichgewichte und garantiert dank einer aktiven Steuerpolitik die Budgetdisziplin.

Damit eine solche Politik auch konkret umgesetzt werden kann, wird man gründlich und schonungslos die Staatsaktivitäten überprüfen und Wege ebenen müssen, um die Entwicklung der Ausgaben nachhaltig in den Griff zu bekommen. Schliesslich ist es unumgänglich, dass der Neue Finanzausgleich, zu dem die Botschaft nächstens erwartet wird, die bestehenden Staatsaktivitäten effizienter gestaltet. Dadurch wird eine dauerhafte Reduktion der öffentlichen Ausgaben möglich.

Zusammen mit einem gesunden Steuerwettbewerb wäre dieser Plan auch Garant für den Erhalt der Finanzautonomie der Kantone und für einen sparsamen

Umgang mit öffentlichen Geldern.

Schreiben Sie an: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

## Betriebszählung im September 2001

In Abständen von drei bis vier Jahren führt das Bundesamt für Statistik (BFS) eine gesamtschweizerische Betriebszählung im 2. und 3. Wirtschaftssektor durch. Diesen Monat ist es wieder soweit.

Seite 2 ▶

## Die Wirtschaft engagiert sich in der Klimapolitik

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz gibt klare Ziele für die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz vor. Wirtschaft und Staat packen es nun miteinander an, diese Ziele zu erreichen.

Seite 3 ▶

## Flugverkehr: Schweiz braucht den Hub Zürich

Ein Verzicht auf die Hubfunktion des Flughafens Zürich wäre unweigerlich mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden. Dies wäre keine taugliche Lösung des Lärmproblems.

Seite 4 ▶

## Vorschau auf die Herbstsession

Im Mittelpunkt der am 17. September beginnenden Herbstsession der eidgenössischen Räte stehen im Nationalrat das Steuerpaket 2001 und im Ständerat die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes.

Seite 4 ▶

## Tag der Wirtschaft

economiesuisse tritt für den Beitritt der Schweiz zur UNO und klare WTO-Regeln ein. Der Tag der Wirtschaft stand im Zeichen von Marktöffnung und Wettbewerb. Der 7. September war aber auch ein Tag der Begünstigungen. Die Bilder.

Seiten 4, 5 ▶

## Schwerpunktthema

Seite 2 ▶

Am Klimagipfel in Bonn ist ein Kompromiss zustande gekommen. Eine Bewertung aus der Sicht der Wirtschaft.

## Positives Signal

economiesuisse begrüsst das von der nationalrätlichen Kommis-

sion für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR) beschlossene Steuerpaket (Familie, Unternehmen, Stempelabgabe, Wohneigentum).

Es setzt ein positives Zeichen auch für Unternehmen und stellt einen bedeutenden Schritt in die richtige Richtung dar.

## economiesuisse Brüssel im Internet

Die Vertretung von economiesuisse in Brüssel hat eine eigene Internetseite (deutsch und französisch). Aktuelle Themen aus Brüssel werden in kurzen Beiträgen aufgearbeitet. Die Aktualisierung erfolgt wöchentlich.

Link: [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

Link: [www.economiesuisse.ch/dj/br](http://www.economiesuisse.ch/dj/br)

## SPAG: mehr Transparenz

In der 1999 gegründeten Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft (SPAG) haben sich über 80 Public-Affairs-Fachleute und Lobbyisten zusammengeschlossen. Als beruflicher Interessenverband verfolgt die SPAG unter anderem den Zweck, mit qualitativ hoch stehender Informations- und Kommunikationsarbeit zur Verbesserung der politischen Willensbildung beizutragen. Eine erste Voraussetzung dazu ist die Transparenz über die Lobbyisten im Bundeshaus. Aus diesem Grund hat die SPAG eine Website geschaffen, damit Zielsetzungen und Mitglieder des Verbandes einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden.

Link: [www.publicaffairs.ch](http://www.publicaffairs.ch)

## Arzneimittel- produzenten in der Offensive

Die hiesigen Arzneimittelproduzenten gehen in die Offensive. Interpharma, der Dachverband der schweizerischen Pharmaindustrie, hat erstmals die ab Fabrik geltenden Preise von kassenpflichtigen Medikamenten per Internet publiziert. Mit der Offenlegung wird einem Wunsch entsprochen, der an einem von Bundesrätin Ruth Dreifuss einberufenen «runden Tisch» mit allen Interessengruppen geäußert worden war.

Link: [www.sl-preise.ch](http://www.sl-preise.ch)

## ASTAG: Kampagne gegen «Elefantenrennen»

Im September startet der ASTAG eine Kampagne, um den unliebsamen Überholmanövern von Nutzfahrzeugen auf Autobahnen zu begegnen. Fahrer und Transporteure sollen sich mit Klebern dazu bekennen, dass sie schlepende Überholmanöver weder selbst veranstalten noch akzeptieren.

Link: [www.astag.ch](http://www.astag.ch)

## Schwerpunkt

# Das totgesagte Kyoto-Protokoll lebt

**In Bonn gelang es den Ministern der 185 Vertragsstaaten, einen Kompromiss zu den wichtigsten Punkten des Kyoto-Protokolls zu finden. Die letzten noch offenen Fragen sollen diesen Herbst in Marrakesch ausgehandelt werden.**

Die Verhandlungen in Bonn vom vergangenen Juli konzentrierten sich auf die vier Bereiche flexible Mechanismen (d.h. Klimaschutzprojekte im Ausland [Joint Implementation, Clean Development Mechanism] und der internationale Emissionshandel), Anrechenbarkeit von CO<sub>2</sub>-Senken (Wald- und Landflächen, die CO<sub>2</sub> binden), Finanzen und Unterstützung für Entwicklungsländer sowie die Folgen bei Nichterfüllung des Protokolls (Compliance). Trotz des nun erzielten Kompromisses kann das Kyoto-Protokoll nur unter zwei Bedingungen in Kraft treten: Mindestens 55 Länder müssen das Protokoll ratifizieren, sowie Industrieländer, die mindestens 55 Prozent der gesamten Emissionen der Industrieländer repräsentieren. Nach dem Abseitsstehen der USA (im Basisjahr 1990 für 36,1 Prozent aller Emissionen der Industriestaaten verantwortlich) gab vor allem die zweite Bedingung Russland, Japan, Kanada und Australien in den

Verhandlungen ein besonderes Gewicht und führte zu einer erhöhten Kompromissbereitschaft der EU und der Entwicklungsländer. Die in Kyoto bewusst offen gelassenen strittigen Fragen – insbesondere die Modalitäten zur Anrechnung der Senken – konnten deshalb in Bonn auf politischer Ebene gelöst werden. Angesichts der Ausgangslage kann das Agreement von Bonn als Durchbruch des internationalen Umweltschutzes beurteilt werden. Der Weg zum Inkrafttreten des Protokolls scheint geebnet und könnte nach der Konferenz von Marrakesch begangen werden. Ebenso klar ist aber, dass dieser Weg steinig sein wird und es keine Garantie für ein tatsächliches Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls gibt.

**Bewertung aus Sicht der Schweizer Wirtschaft**  
Kompromisse sind naturgemäss nie in allen Details ganz befriedigend. Ausgehend von der rechtskräftigen Schweizer Klimapolitik und insbesondere den Arbeiten der Energieagentur der Wirtschaft ist aber die Übereinkunft von Bonn positiv zu werten. Die Ausführungsbestimmungen zu den Mechanismen sind genügend flexibel, dass eine Reduktion der Kosten der Treibhausgasminde-

rung möglich sein sollte. Durch das Abkommen von Bonn wird zudem die rechtskräftige schweizerische Klimapolitik international abgestützt, was mögliche Wettbewerbsverzerrungen mindert. Bedauerlich ist einzig, dass die USA nicht mit dabei sind. Aus Sicht von economiesuisse sind zudem folgende Schlussfolgerungen für die Arbeiten in der Schweiz zu ziehen:

1. Die flexiblen Mechanismen sind zügig zu implementieren.
2. Dabei muss deren Ausgestaltung sich an den nun existierenden internationalen Vorgaben orientieren und der Anschluss an die entstehenden regionalen und internationalen Emissionshandelssysteme sichergestellt werden.
3. Das der Schweiz zugestandene Senkenpotenzial von 0,5 Megatonnen Kohlenstoff muss operationabel gemacht werden. Die CO<sub>2</sub>-Senken sollten genutzt werden, um aktiv die Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu bedarf es einerseits der bereits letztes Jahr von economiesuisse geforderten Studie über Chancen und Risiken und andererseits Abklärungen über diesbezügliche Arbeiten im Ausland.

Link: [www.iisd.ca/climate/cop6bis/](http://www.iisd.ca/climate/cop6bis/)

## ICC Symposium «Globalisierung: Chancen und Gefahren»

20. November 2001

Kongresszentrum Messe Basel  
ICC Switzerland, der schweizerische Landesausschuss der Internationalen Handelskammer, organisiert für Interessierte aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien ein Symposium zur Thematik Globalisierung. Ziel der Veranstaltung ist es, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, Wissen zu vermitteln und Transparenz zu schaffen.



ICC Switzerland freut sich, folgende Persönlichkeiten als Referenten in Basel zu begrüssen:

**Prof. Dr. Silvio Borner**  
Universität Basel,  
Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum

**Gerold Bühler**  
Nationalrat,  
Präsident FDP Schweiz

**Dr. Carol Franklin**  
Geschäftsführerin WWF  
Schweiz

**Dr. Richard Gerster**  
Selbstständiger Berater und  
Publizist

**Beat Kappeler**  
Journalist

**Dr. Georg Krayer**  
Präsident Schweizerische  
Bankiervereinigung,  
VR-Präsident Bank Sarasin & Cie.

**Dr. Rolf Walter Schweizer**  
VR-Präsident Clariant

**Dr. Gaudenz I. Staehelin**  
Präsident ICC Switzerland

Reservieren Sie heute schon diesen Termin in Ihrer Agenda.

Link: [www.icc-switzerland.ch](http://www.icc-switzerland.ch)

## Betriebszählung im September 2001

**In Abständen von drei bis vier Jahren führt das Bundesamt für Statistik (BFS) eine gesamtschweizerische Betriebszählung im 2. und 3. Wirtschaftssektor durch. Diesen Monat ist es wieder soweit. Mit Stichtag 28. September findet die Betriebszählung 2001 statt.**

Ausgehend vom Betriebs- und Unternehmensregister (BUR) des BFS erhalten rund 400'000 private und öffentliche Unternehmen und Betriebe einen Fragebogen zugestellt. Die Betriebszählung

ist die einzige Unternehmensbefragung, die sämtliche Unternehmen und Arbeitsstätten miteinbezieht. Sie bildet in zweierlei Hinsicht das Rückgrat der schweizerischen Unternehmensstatistik: Sie ist einerseits eine wichtige Quelle für detaillierte Strukturinformationen und dient andererseits als Basis für Stichproben und Hochrechnungen.

Die Betriebszählung ermöglicht eine umfassende, nach inhaltlichen und räumlichen Merkmalen strukturierte Darstellung des Unternehmensbestandes und der

Beschäftigungssituation in der Schweiz. economiesuisse ist sich bewusst, dass statistische Erhebungen mit teilweise erheblichem Aufwand verbunden sind. Ganz ohne eine amtliche Wirtschaftsstatistik geht es jedoch nicht. Aus diesem Grund hat sich economiesuisse stets im Interesse der Unternehmen, insbesondere der KMU, für einen vernünftigen Kompromiss zwischen dem legitimen Informationsbedürfnis einerseits und dem Aufwand für die Datenlieferanten eingesetzt. So ist der Fragebogen der Be-

triebszählung nicht länger als vor 15 Jahren. Und diesem Einsatz ist es wohl nicht zuletzt zuzuschreiben, dass die Statistik im Rahmen des gesamten Zeitaufwandes für administrative Umtriebe (Sozialversicherungen, Steuern und Abgaben, Bewilligungen, Umweltschutz) am Schluss rangiert. economiesuisse wird sich auch in Zukunft für eine qualitativ hochstehende, aber tragbare Wirtschaftsstatistik einsetzen. Dies setzt jedoch voraus, dass sich die Unternehmer an der Betriebszählung beteiligen.

## Nachhaltigkeitsstudie der EMPA lobt Aluminiumrecycling

Nachhaltigkeit ist eine der grossen und zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Umgestaltung der Wirtschaft bedeutet überall eine gewaltige Anstrengung, und sie wird viele Jahre benötigen. Unbestritten wird deshalb derjenige eine Vorreiterrolle haben, der frühzeitig damit anfängt. Die IGORA-Genossenschaft für das Aluminiumrecycling hat diese hohe Bedeutung erkannt. Als erste Recyclingorganisation hat sie die EMPA St.Gallen mit einer Nachhaltigkeitsstudie beauftragt. Die überzeugenden Resultate motivieren IGORA, die Trilogie der Nachhaltigkeit, welche sowohl ökonomische, ökologische als auch sozialgesellschaftliche Auswirkungen berücksichtigt, in ihren Denk- und Handlungsprozessen zu integrieren.

### Zur Studie...

In der Studie wurde die Getränkedose aus Aluminium untersucht und beurteilt. Für die Analyse ist der gesamte Lebenszyklus betrachtet worden. Dabei haben sich in verschiedenen Bereichen grosse Stärken dieser Verpackung herausgestellt. Laut Paul W. Gilgen, Leiter Abteilung Ökologie bei der EMPA St.Gallen und Hauptverantwortlicher für die Studie, hat sich eindeutig gezeigt, dass der Hauptgrund für die Nachhaltigkeit die hohe Recyclingquote der Alugetränkedose von 91 Prozent sei. Weitere wesentliche Folgerungen sind die ökonomische Fairness der Aluminiumindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette, der volkswirtschaftliche Nutzen und der Werkstoff Aluminium selbst. Aluminium ist sowohl technisch als auch ökologisch ein ideales Material fürs Recycling.

### Recyclingquoten anheben

Aufgrund dieser Resultate aus der EMPA-Nachhaltigkeitsstudie wird die IGORA alles unternehmen, um die Recyclingquote bei der Aludose dauernd auf hohem Niveau zu halten. Die Recyclingquoten der weiteren Verpackungen, wie zum Beispiel bei der Tiernahrungsschale aus Aluminium, die derzeit bei 65 Prozent liegt, will sie weiter erhöhen wie auch die der Alutube, die bei 30 Prozent ist. Durch kontinuierliche Information der Öffentlichkeit und eine ständige Dialogbereitschaft mit Behörden, Konsumenten und der Industrie wird IGORA diese nachhaltigen Ziele erreichen.

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

# Die Devise lautet: Freiwilligkeit und Selbstverantwortung

**Das CO<sub>2</sub>-Gesetz gibt klare Ziele für die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz vor. Wirtschaft und Staat packen es nun miteinander an, diese Ziele zu erreichen. Vorerst sind dabei freiwillige Massnahmen der Unternehmen gefragt. In einem gemeinsam ausgehandelten Rahmenvertrag haben die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) und das Bundesamt für Energie das weitere Vorgehen festgelegt.**

Die Schweiz hat sich mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz hohe Ziele gesetzt. Seit Mai 2000 ist es in Kraft. Nun geht es darum, dass es auch umgesetzt wird. Im Jahr 2010 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um ganze zehn Prozent unter der Marke von 1990 liegen. Damit will unser Land seinen Beitrag zur globalen Klimapolitik und zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls leisten. Um dieses Vorhaben zu realisieren, setzt man vorerst primär auf freiwillige Massnahmen der Wirtschaft, denn sowohl in Gross- und Kleinunternehmen lässt sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoss, der aus der Nutzung von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle entsteht, mit entsprechenden Massnahmen massiv reduzieren. Kommt das Prinzip der Freiwilligkeit nicht ausreichend zum Tragen, hat der Bund die Möglichkeit, eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe einzuführen.

### Selbstverantwortung gefragt

Die Schweizer Wirtschaft ist bereit, in energiepolitischen Fragen Selbstverantwortung zu übernehmen. Vor allem die Ende 1999 gegründete Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) mit economiesuisse und dem Schweizerischen Gewerbeverband als Hauptträgerverbänden ist dabei eine wichtige Partnerin für den



«Wir sind überzeugt, dass die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat der einzige Weg ist, der zum energie- und klimapolitischen Erfolg führen kann», betonte EnAW-Präsident Rudolf Ramsauer bei der Unterzeichnung des Rahmenvertrages mit Bundespräsident Moritz Leuenberger.

(Foto: Franz Beyeler)

Bund, die Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes zu realisieren. Laut EnAW-Präsident Rudolf Ramsauer gehören heute bereits mehrere hundert Unternehmen dieser Agentur an. Zu den Pioniermitgliedern gehören nebst den Organisationen der Energieträger die Baumeister, die Metall- und Maschinenindustrie sowie die energieintensiven Branchen. Der Anfang Juli dieses Jahres unterzeichnete Rahmenvertrag zwischen der EnAW

und Energieminister Bundesrat Moritz Leuenberger stellt in der energiepolitischen Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft einen Meilenstein dar. Rudolf Ramsauer betonte anlässlich der Vertragsunterzeichnung, man werde alles unternehmen, um das CO<sub>2</sub>-Gesetz in die Praxis umzusetzen. So meinte er: «Die Wirtschaft hat zum CO<sub>2</sub>-Gesetz Ja gesagt, sie steht zum CO<sub>2</sub>-Gesetz.» Auch Bundesrat Moritz Leuenberger zeigte sich erfreut: «Ich bin sehr froh um diese Unterzeichnung. Sie ist ein politisches Zeichen. Und sie erfolgt in einer klimapolitisch sehr sensiblen Zeit.»

### Nächstes Ziel: Vereinbarungen

Gemäss dem unterzeichneten Vertrag gilt es, die Energieeffizienz zu steigern und die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu begrenzen. Aufgabe der EnAW ist es, ihr Wissen der Wirtschaft heranzutragen und ihnen bei der Umsetzung von energieeffizienteren Massnahmen zu helfen. Dies geschieht in zwei verschiedenen Modellen: Im «Energie-Modell Schweiz» sind grössere Unternehmungen zusammengefasst, und im «Benchmark-Modell» Klein- und Mittelbetriebe mit ähnlicher Produktionsstruktur. In diesen Gruppen werden mit der Agentur Zielvorgaben formuliert.

### Die Vorstandsmitglieder der EnAW

- Rudolf Ramsauer**  
(Präsident), economiesuisse
- NR Hans-Werner Widrig**  
(Vizepräsident), Schweizerischer Gewerbeverband
- Anton Bucher**  
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
- Martin Saxer**  
Verband der Schweizerischen Gasindustrie
- Max Fritz**  
Interessen-Gemeinschaft energieintensiver Branchen
- Rolf Hartl**  
Erdöl-Vereinigung
- Felix Schmid**  
Schweizerischer Baumeisterverband
- Peter Stössel**  
Swissmem/Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
- Jean-Louis von Planta**  
Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband
- Ansgar Gmür**  
Schweizerischer Hauseigentümergeverband

Darin schreiben die Unternehmen fest, in welchem Zeitraum sie ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss wie stark senken können. Falls 2004 eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe eingeführt wird, besteht die Möglichkeit, sich verbindlich auf ein solches CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu verpflichten. Unternehmen, welche diese Verpflichtung erfüllen, können sich dadurch von einer allfälligen CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen.

### Nun geht es an die Umsetzung

Die Hauptarbeit der EnAW wird in den nächsten Monaten darin bestehen, den ausgehandelten Rahmenvertrag umzusetzen und mit den Unternehmen solche Vereinbarungen zu erarbeiten. Die EnAW wird dabei zu einem wichtigen Partner der Bundesbehörden. Dabei setzt man auf eine konstruktive Zusammenarbeit, oder wie es Rudolf Ramsauer ausdrückt: «Wir sind mitten auf dem Weg des Umdeckens, weg vom Verordnungsdenken, hin zu einem gemeinsamen Such-, Lern- und Gestaltungsprozess.»

**Weitere Informationen sind erhältlich bei:**  
Max Zürcher  
Geschäftsführer Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)  
Hegibachstrasse 47  
8032 Zürich  
Telefon: 01 / 421 34 45  
E-Mail:  
info@energie-agentur.ch

economiesuisse ist über das Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland über den Anflug des Flughafens Zürich enttäuscht. Auch wenn anzuerkennen ist, dass die Schweiz in der letzten Verhandlungsrunde vom 4. September in Bonn weichen deutschen Druckversuchen nicht nachgegeben hat, schränkt der Vertrag die Möglichkeiten des Flughafens Zürich erheblich ein und schadet damit dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Gleichzeitig bildet der Vertrag ein gefährliches Präjudiz für die Flughäfen Genf und Basel.

Sachlich ist es nicht gerechtfertigt, auf die Zahl der Überflüge abzustellen statt auf die Lärmbelastung, welche für die Bevölkerung die massgebende Grösse darstellt. Damit werden die kostspieligen Investitionen der Swissair in lärmarme Flugzeuge in keiner Weise honoriert. Besonders stossend ist daneben die Tatsache, dass Deutschland Einschränkungen für den Flughafen Kloten durchgesetzt hat, die es für keinen seiner eigenen Flughäfen anwendet. Diese krasse Verletzung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung ist umso unverständlich, als in den Verhandlungen über das Landverkehrsabkommen mit der EU, von dem Deutschland in hohem Masse profitieren wird, von Bundesseite immer wieder betont worden ist, der Grundsatz der Nichtdiskriminierung verlange, dass ausländische Lastwagen nicht schlechter gestellt würden als die schweizerischen.

Da nach wie vor umstritten ist, ob der Staatsvertrag rechtlich abgestützt werden kann, ist zu hoffen, dass im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Link:  
[www.isps.ch](http://www.isps.ch)

## economiesuisse stellt sich vor

Vor fast genau einem Jahr haben sich Vorort und wf zum Dachverband der Schweizer Wirtschaft – economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen – zusammengeschlossen. Obwohl sich der Name eingebürgert hat, wird oft gefragt, was economiesuisse eigentlich macht. Das neue Portrait economiesuisse gibt Antwort: Auf rund zehn Seiten informiert die Broschüre ausführlich über die Arbeitsgebiete, Dienstleistungen und Ziele des Verbandes. Eine Beilage zeigt zudem die Organisation.

Link:  
[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

# Flugverkehr: Schweiz braucht den Hub Zürich

**Ein Verzicht auf die Hubfunktion des Flughafens Zürich wäre unweigerlich mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden. Dies wäre keine taugliche Lösung des Lärmproblems.**

Anlässlich der Aufrichte am Dock Midfield des Flughafens Zürich am 6. Juli wies economiesuisse-Direktor Rudolf Ramsauer auf die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich hin. Umfragen bestätigen die Tatsache, dass eine hervorragende Einbindung in den internationalen Luftverkehr einen gewichtigen Standortvorteil darstellt.

## Auf Flughafen angewiesen

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg ist nicht zuletzt der Einbettung des Flughafens in den internationalen Linienverkehr zuzuschreiben. Damit konnte die Schweiz den Nachteil eines Binnenlandes zu einem guten Teil wettmachen. Diese Zusammenhänge dürfen heute nicht ausgeblendet werden. Der Ausbau ausländischer Flughäfen zeigt, welche Bedeutung andernorts dem Luftverkehr beigegeben wird.

Eine Studie zur Bedeutung des Flughafens Kloten für Zürich und die Schweiz, welche von der Zürcher Hochschule Winterthur ausgearbeitet und vom Komitee «weltoffenes Zürich» letztes Jahr veröffentlicht worden ist, bestätigt dies. Eine international verflochtene Wirtschaft wie diejenige der Schweiz ist auf ausgezeichnete Flugverbindungen angewiesen. Dies gilt speziell auch für den Tourismus.

## Branche mit Potenzial

Der Flughafen hat eine zweite volkswirtschaftliche Komponente: die Arbeitsplätze. Die Wirtschaft – nicht nur in der Schweiz – befindet sich in einem raschen Strukturwandel. Traditionelle Firmen oder ganze Wirtschaftszweige verschwinden oder werden ins Ausland verlagert. Dieser Strukturwandel ist mit einem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden, was – zusammen mit einer Konjunkturfurche – Mitte der neunziger Jahre zu für die Schweiz aussergewöhnlichen Arbeitslosenzahlen geführt hat. Zum Glück sind sie inzwischen massiv gesunken. Da der Strukturwandel weitergehen wird, ist es wichtig, dass jene Branchen gefördert werden, die ein Entwicklungspotenzial auf-

weisen. Und dazu gehört eindeutig der Luftverkehr. Wenn man auf die übereinstimmenden Prognosen abstellt, wird er weiter wachsen, womit er ein Potenzial für neue Stellen aufweist, und zwar meist für qualifiziertes Personal.

## Bedeutung der Arbeitsplätze

Auf dem Flughafen Zürich arbeiten zurzeit rund 25'000 Personen; und rund 93'000 Vollzeitstellen hängen direkt oder indirekt mit dem Hub Zürich zusammen. Diese Tatsache wird in der öffentlichen Diskussion um den Flughafen Zürich kaum erwähnt; der Lärm dominiert praktisch die Diskussion. Wegen des Lärms verlangen verschiedene Kreise einen Wachstumsstopp des Flughafens.

Eine Begrenzung des Wachstums bedeutet Stagnation, und Stagnation bedeutet Rückschritt. Das Lärmproblem darf nicht bagatellisiert werden. Es ist für die betroffenen Regionen ein ernstes Problem und Lösungen sind dringlich. Der Verzicht auf die Hubfunktion des Flughafens Kloten aber, wie es zum Teil gefordert wird, wäre unvermeidlich mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden.

## Vorschau Herbstsession

# Steuerpaket 2001 im Zentrum

**Im Mittelpunkt der am 17. September beginnenden Herbstsession der eidgenössischen Räte stehen im Nationalrat das Steuerpaket 2001 und im Ständerat die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes.**

Die in die Erstbehandlung des Nationalrates kommenden Vorschläge des Bundesrates für Steuerreformen bei der Familienbesteuerung, beim Eigenmietwert und beim Börsenstempel hat die Wirtschaftskommission des Nationalrates mit Anträgen zur Senkung der Gewinnsteuersätze für Unternehmungen ergänzt. Diese

Reformvorschläge bilden insgesamt einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer tieferen Steuerquote.

Reif für die parlamentarische Behandlung im Ständerat sind zudem die Revisionsvorschläge zum Krankenversicherungsgesetz, mit denen die Spitalfinanzierung neu geregelt werden soll. Ziel der Vorlage ist vor allem, die Anreize konsequenter auf die Eindämmung der Kosten auszurichten. Deshalb soll auf Verlangen der Gesundheitskommission des Ständerates insbesondere auch der Vertragszwang für Krankenversicherer im ambulanten Bereich aufgehoben werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der

Herbstsession bildet ferner das als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte» gedachte Behindertengleichstellungsgesetz, welches der Nationalrat als Erstrat zu behandeln hat. Die darin vorgeschlagenen Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten sind nicht unproblematisch und zudem verschiedentlich überhaupt nicht wirtschaftsverträglich. Als Zweiterat beschäftigt sich schliesslich der Nationalrat mit der Frage der überschüssigen Goldreserven (Goldinitiative/Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung») sowie mit der UNO-Beitritts-Initiative.

## Klare WTO-Regeln und UNO-Beitritt

**Der Tag der Wirtschaft stand im Zeichen von Marköffnung und Wettbewerb.**

Der Präsident von economiesuisse, Andres F. Leuenberger, forderte am Tag der Wirtschaft in Zürich einen Beitritt der Schweiz zur UNO und klare WTO-Regeln. Es sei an der Zeit, die Beziehungen der Schweiz zur UNO zu normalisieren. Mit Bezug auf die WTO sagte der Präsident des Dachverbandes der Wirtschaft: «Die Welt braucht eher mehr als weniger WTO im Sinne klarer Regeln zum Schutz vor Protektionismus, Diskriminierung und Willkür.» Globalisierung ist für den Präsidenten des Dachverbandes der Wirtschaft nicht das Werk von böswilligen Kapitalisten, sondern in erster Linie das Ergebnis einer irreversiblen technologischen Entwicklung. Den technischen Fortschritt rückgängig machen zu wollen, wäre ein Kampf gegen Windmühlen. In einer globalisierten Welt komme dem Bildungssystem eine hervorragende Bedeutung zu, sagte Leuenberger.

Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, betonte in seiner Grussbotschaft, dass nach den Erfolgen der letzten Jahre der Reformeifer in der Schweiz nicht erlahmen dürfe. Nach ersten Erfolgen der Revitalisierung Ende der 90er Jahre träten heute Ermüdungserscheinungen auf. Eine Stärkung des Wettbewerbs kommt nach Ansicht des Wirtschaftsministers sowohl den Unternehmen als auch den Konsumenten zugute. Für die Zukunft der Schweizer Wirtschaft sieht Couchepin keinen konjunkturellen Einbruch, sondern lediglich eine Rückkehr zu einer normalen Wachstumsrate. Die erwarteten 1,5 bis zwei Prozent Wachstum für das laufende und das kommende Jahr entsprächen dem langfristigen Wachstumspotenzial der Schweiz.

## Freihandelsabkommen online

Die Texte sämtlicher Freihandelsabkommen inklusive den Anhängen, welche die EFTA-Staaten mit Drittländern abgeschlossen haben, können neuerdings auf der Homepage der EFTA abgerufen werden. («Secretariat», «Third Country Relations», «Free Trade Agreements»). Derzeit sind 18 Abkommen unterzeichnet bzw. in Kraft.

Link:  
[www.efta.int](http://www.efta.int)

# Tag der Wirtschaft, Zürich 7. September 2001



Andres F. Leuenberger, economieuisse-Präsident; Pascal Couchepin, Bundesrat; Charles Pictet, Vizepräsident economieuisse; Bruno Zuppiger, Nationalrat.

Ständerätin Vreni Spörri, Ständerätin Helen Leumann und Ständerat Hans Hofmann. (v. r. n. l.)



Käthi Bangerter, Nationalrätin; Jean-Pierre Roth, Nationalbankpräsident; David Syz, Staatssekretär seco; Ulrich Fischer, Nationalrat.

Hochkarätige Paneldiskussion: Gilbert Couteau, Ueli Forster, Gerhard Schwarz, Marcel Ospel und Silvio Borner. (v.l.n.r.)



Michael Kohn, Präsident Arbeitskreis Kapital & Wirtschaft (links), und Ueli Forster, VR-Präsident Forster Rohner AG, Vizepräsident economieuisse.

Marcel Ospel, Präsident des Verwaltungsrates UBS AG Basel, Mitglied des Vorstandsausschusses economieuisse.



Bundesrat Pascal Couchepin im Gespräch mit Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, und Bernhard Bühler, economieuisse. (v.l.n.r.)

Rolf Walter Schweizer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates Clariant AG, Mitglied des Vorstandsausschusses economieuisse.



Hansjörg Frei, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes.

Nationalrat Franz Steinegger und Christian Kauter, CEO APG.



## Die Swisskey AG soll Nachfolgeorganisation erhalten

Mit der Einstellung der Swisskey AG hat die Schweiz die einzige öffentliche «Certification Authority» verloren. Der Verein «IG TOP» will mit einem Businessplan die Grundlagen für einen neuen Träger schaffen.

Die Telekurs Holding AG hat die Dienstleistungen der Swisskey AG aus verschiedenen Gründen eingestellt; für bestehende Kunden wird ein minimaler Service bis Ende Jahr weitergeführt. Swisskey war für verschiedene Projekte der Authentisierung und sicheren Übermittlung im privaten wie im öffentlichen Sektor tätig. Der elektronische Geschäftsverkehr ist für die schweizerische Volkswirtschaft von stetig zunehmender Bedeutung. So hat sich economiesuisse für eine gesetzliche Regelung der digitalen Signatur eingesetzt. Die so genannte Public-Key-Infrastruktur (PKI) deckt drei Voraussetzungen

gen für ein elektronisches Geschäft verlässlich ab: Zugriffsschutz, Schutz der Übertragungsinhalte vor Manipulation und der sichere Austausch von Schlüsseln zur Chiffrierung der Transferdaten.

Das Verschwinden von Swisskey beschäftigt den Bund und die Wirtschaft gleichermaßen. Der Bund prüft, in welchen Bereichen staatliches Handeln angezeigt ist – insbesondere mit Blick auf Vorhaben in den Bereichen E-Government und E-Voting. Entsprechende Abklärungen sind im Gang.

### Private Initiative

Auf private Initiative hin wurde der Verein «IG TOP» gegründet, der 24 Organisationen und Firmen aus Wirtschaft, Bundes- und Kantonsbehörden sowie weiteren Vereinen und Institutionen umfasst. Einziges Ziel ist es, bis Ende November einen Businessplan für eine öffentliche PKI zu erstellen und damit die Realisierbarkeit

zu prüfen. Der Verein wird den Businessplan auf keinen Fall selbst umsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen den Abklärungen des Bundes (Studie über digitale Signatur) und dem Businessplan für eine PKI ist gewährleistet.

### Mitgliedschaft von economiesuisse

Aus Sicht von economiesuisse wäre die Realisierung einer PKI unter führender Beteiligung der Privatwirtschaft ordnungspolitisch die bevorzugte Option. Ausserdem begrüsst economiesuisse die Bemühung um eine fundierte Abklärung der aktuellen Situation und der möglichen Handlungsalternativen. Einer PKI kommt in Hinblick auf die digitale Signatur eine Signalwirkung zu. economiesuisse ist denn auch im Verein «IG TOP» vertreten.



Link:  
[www.igtop.ch](http://www.igtop.ch)

## Vernehmlassungen

### 21. September 2001

Vernehmlassung zur Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten.

Kontakt: [gregor.kuendig@economiesuisse.ch](mailto:gregor.kuendig@economiesuisse.ch)

### 26. Oktober 2001

Umfrage der Eidg. Steuerverwaltung betrifft Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen mit den Staaten des mittleren Ostens.

Kontakt: [pascal.gentinetta@economiesuisse.ch](mailto:pascal.gentinetta@economiesuisse.ch)

### 19. November 2001

Vernehmlassung zum Vorentwurf: Parlamentarische Initiative Atlasten. Untersuchungskosten (Baumberger).

Kontakt: [rene.buholzer@economiesuisse.ch](mailto:rene.buholzer@economiesuisse.ch)

### 15. Dezember 2001

Vorentwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung.

Kontakt: [thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)

Teilrevision des Datenschutzgesetzes.

Kontakt: [thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei [economiesuisse](mailto:economiesuisse) anfordern.

## Dokumentation

- «Kapitalgewinnsteuer» Facts der Wirtschaft Nr. 24, Broschüre. Gratis.
- «Energie statt Arbeit besteuern» Argumentarium. Gratis
- «Beitritt der Schweiz zur UNO» Broschüre. Gratis
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001» Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- «Europa – Optionen und Hausaufgaben» Broschüre, 48 Seiten. Gratis.
- «Steuerkonzept» Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- «E-Mail-Service» Aktuelle Meldungen von [economiesuisse.ch](http://economiesuisse.ch) wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- «Facts der Wirtschaft» Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5 Mal jährlich. Gratis.
- «Dossier Politik, Pressedienst» Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- «Newsletter» Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- Portrait economiesuisse Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbandes. Gratis.

## Kein Computer im Büro des Werbeprofis



Jost Wirz, Mitglied des Vorstands von economiesuisse

Jost Wirz hält das Internet für «eine geniale und revolutionierende Erfindung». Die Auswirkungen auf alles was wir tun, seien gross. Sich selbst bezeichnet Jost Wirz als Sonderfall oder gar Sonderling: Er hat nämlich keinen Computer in seinem Büro und ist online nur über sein Sekretariat erreichbar. Trotzdem nutzt er das Internet intensiv, vor allem zur Informationssuche und Marktbeobachtung. «Privat bin ich kein Verweigerer, bestelle regelmässig Kino- und Konzert-

[www.persoendlich.com](http://www.persoendlich.com)  
[www.werbewoche.ch](http://www.werbewoche.ch)  
[www.adage.com](http://www.adage.com)  
[www.AdAgelInternational.com](http://www.AdAgelInternational.com)  
[www.Adforum.com](http://www.Adforum.com)  
[www.nzz.ch](http://www.nzz.ch)  
[www.moneycab.com](http://www.moneycab.com)

tickets, kaufe oft CDs und beobachte regelmässig die Branchenportale.»

Als wichtigste Pluspunkte des Internets führt Jost Wirz Ge-

schwindigkeit, Einfachheit und Effizienz an. «Negativ an Internet und E-Mail sind der Informationsüberfluss und die sprachliche Verwilderung. Ausserdem besteht die Gefahr, dass unreflektiert kommuniziert wird.» Er meint, dass nicht übertrieben werden sollte. Ab und zu eine Übermittlung per Fax oder sogar Post sei geeigneter. Dabei ist das persönliche Gespräch noch gar nicht erwähnt. In die Kritik bezieht er den elektronischen Versand der economiesuisse-Unterlagen mit ein.

Sinn in einer privaten Homepage sieht Jost Wirz nicht. Diejenigen der Söhne (Produzenten von Musik und Theater) nutze er aber durchaus, um auf dem Laufenden zu sein.

## Impressum

### Herausgeber:

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

### Verantwortliche Redaktion:

Regina Hunziker, Stefan Kern

### Adresse:

Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich

Telefon: 01/421 35 35,

Telefax: 01/421 34 34

E-Mail: [regina.hunziker@economiesuisse.ch](mailto:regina.hunziker@economiesuisse.ch)

Web: [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)

### Erscheinungsweise: monatlich

Gestaltung: Layout 88 GmbH, 8008 Zürich

### Druckvorstufe und Druck:

Druckerei Kocherhans AG, 8008 Zürich

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Name, Vorname

Funktion

Firma

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail